

## **2 Beispiele aus anderen Kommunen Kitas in Eigenregie zu betreiben oder auszugliedern**

### **Stadt gibt alle neun Kindertagesstätten ab**

**Neuss · Lukita, eine GmbH unter dem Dach des Lukaskrankenhauses, wird Betreiber. Privatisierung von Opposition kritisiert.**

10.06.2013 , 00:00 Uhr 3 Minuten Lesezeit Von Christoph Kleinau

Im Finnischen steht "Lukita" für abschließen oder verriegeln, in Neuss soll damit künftig der Name einer gemeinnützigen Tochtergesellschaft des Lukaskrankenhauses verbunden werden, die die neun städtischen Kindertageseinrichtungen weiterführt. Während die Opposition an dieser — wie einige in der SPD meinten — vielsagenden Doppeldeutigkeit des Wortes noch Spaß hatte, konnte sie an dem Faktum selbst nichts Witziges finden. Deshalb stimmten SPD und Grüne im Rat in geheimer Abstimmung gegen die Übertragung der städtischen Kitas an das Lukaskrankenhaus, die aber mit der Mehrheit von CDU und FDP doch durchgesetzt wurde.

Mit der Übertragung bauen Politik und Verwaltung weiter an einem Sozialkonzern "Lukas". Dessen Kern bildet das städtische Krankenhaus, dem schon 2011 das städtische Altenpflegeheim Herz Jesu übertragen wurde. Das entwickelte sich innerhalb eines Jahres vom Verlustbringer zum wirtschaftlich zu führenden Unternehmen. Diese Sparte möchte der Konzern "Lukas" gerne erweitern und dazu auch Betreiber eines noch zu bauenden Pflegeheimes in Norf werden.

Drei Kindergärten liegen in angemieteten Räumen

In eigenen Räumen Kita "Am Wasserturm" (Mühlenstraße); Kita Lessingplatz; Kita "Wetterhäuschen" (Am Kivitzbusch); Kita "Kleine Freiheit" (Vogelsanger Str.), Kita "Kleine Welt" (Wingender Straße).

In gemieteten Räumen Kita "Pustebume (Rheydter Straße); Kita Meertal 8, Kita Cranachstraße

Umzuwandelnde Einrichtung Der Hort Oberstraße, schon von Schließung bedroht, wird nun Kita.

Wirtschaftliche Überlegungen stecken auch hinter dem Gedanken, die neun Kitas der Stadt zu privatisieren. Ein Gutachten, das nicht nur den künftig nicht mehr zu zahlenden Trägeranteil der Stadt bewertet, kommt zu einer jährlichen Entlastung des städtischen Haushaltes in einer Größenordnung von über 600 000 Euro. Bis die Kitas aber kostendeckend arbeiten, sollen entstehende Anfangsverluste durch Übertragung auch des Sachvermögens (Immobilien) sowie eine Sicherstellung der Liquidität von Lukita durch die Stadt aufgefangen werden.

Für die 122 Beschäftigten, die rückwirkend zum Jahresanfang einen neuen Arbeitgeber bekommen, ändert sich nichts. Die Zustimmung des Personalrates war an die Zusage geknüpft, dass es keine tarifliche Verschlechterung für das Personal gibt. Das soll sogar in städtische Dienste zurückkehren dürfen, falls Lukita floppt. Auch für die Eltern der derzeit 588 betreuten Kinder werde sich nichts ändern, betonte Thomas Nickel — zugleich Verwaltungsratsvorsitzender des "Lukas" — für die Koalition: "Wir sparen an der Verwaltung der Kindertageseinrichtungen, aber nicht an den Inhalten." Das pädagogische Konzept, fügte er hinzu, werde in jeder Einrichtung mit den Eltern erarbeitet, genau wie in den 64 Neusser Kindergärten in privater Trägerschaft auch.

Die Opposition wurde nicht überzeugt. Sie anerkennt, dass die 122 Beschäftigten nicht schlechter gestellt werden, fragt aber, zu welchen Tarifen neues Personal eingestellt wird. "Es gibt ja nur zwei Stellschrauben, um an den Kosten zu drehen", er-

klärte Hannelore Staps (SPD). Das Personal und die Gebühren. SPD und Grüne waren und sind ferner der Ansicht, dass Städte eigene Kindertagesstätten vorhalten müssen. Und sie fürchten, dass Verluste der Kitas das Ergebnis des Krankenhauses belasten. Das seien getrennte Gesellschaften, hielt Heide Broll (FDP) dagegen. Und sie kündigte an, dass der Name Lukita noch geändert werden könnte — um Missverständnissen vorzubeugen.

### **Prüfbericht: Kitas bleiben im „Konzern Stadt“**

**Kommission sagt: Andere Organisationsform bringt nichts. Der Stadtrat entscheidet Ende Dezember.**

Von Herbert Baumann

Mönchengladbach. Viele Eltern werden erleichtert sein, und die etwa 400 Stadt-Mitarbeiter wohl auch: Die 37 städtischen Kindergärten sollen in der Trägerschaft der Kommune bleiben. Zu diesem Ergebnis kommt eine Art Kommission, die das Pro und Kontra einer von den Freien Demokraten geforderten Auslagerung der Kitas analysiert hat.

Ganz anders die Stadt Neuss: Sie gibt aus Kostengründen alle ihre Kinderhäuser ab. Und gründet für sie eine neue Betriebsgesellschaft.

Das hatte auch die FDP-Fraktion in der Ampel-Koalition vor, als sie vor Monaten — erst im zweiten Anlauf — im Stadtrat den Prüfbericht durchboxte. Es sollte herausgefunden werden, ob die 37 Häuser (das neue im Pahlkebad ist mit inbegriffen) ausgelagert werden können, um Geld zu sparen.

Die Prüfer haben nun ein Fazit vorgelegt, das sich sehen lassen kann, wie es heißt, und das mitgelieferte Zahlenwerk sei recht umfangreich. Federführend bei der Auswertung war die Stadtsparte Service und Organisation.

Dass alles so bleibt, wie es ist, forderten nicht nur die Personalvertretung der Stadt und die Gewerkschaft Verdi. Sie organisierte Demos gegen eine mögliche „Kindergarten-Firma“. Veränderungen, so der Gewerkschaftstenor, brächten keineswegs die von den Liberalen gewünschten Kostensenkungen.

Die jetzige „bewährte“ Regelung im Verbund mit der Stadt, ihrem sozialen Netzwerk (unter anderem Jugendamt) müsse erhalten bleiben, weil relativ effizient. Kosten- und damit Angebots-Senkungen zu Lasten der Kinder — das werde man nie akzeptieren. Befürchtet wurden auch Einkommensverluste der Kita-Mitarbeiter

Nein zu den FDP-Plänen sagt auch der Gesamt-Elternrat für die Kinderhäuser. Er sammelte 2300 Unterschriften — vor allem von Erziehungsberechtigten. Die Überschrift der Aktion lautete: Die Stadt muss Träger der Kitas bleiben. Die Sammlung erhielt OB Norbert Bude (SPD).

In seiner letzten Sitzung 2011, am 22. Dezember, wird der Stadtrat endgültig entscheiden müssen. Insider gehen davon aus, dass der Empfehlung des Arbeitskreises, die Kitas im Konzern Stadt zu belassen, gefolgt wird. Die SPD-Fraktion hat mehrfach signalisiert, am Status quo der Kindertagesstätten nichts zu verändern.

Gehört werden muss jetzt auch noch der „Betriebsrat“ der Stadtverwaltung. Er wird der Empfehlung folgen. Alles andere wäre eine Überraschung.